

Rede von Urban Mangold
Vorsitzender der niederbayerischen ÖDP
bei der Anti-TTIP-Demo am 3. Mai 2015 in Fürstenstein

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freunde der ÖDP,

über TTIP wird das Europa-Parlament abstimmen. Seine derzeitige Mehrheit lässt Schlimmes befürchten. Und deshalb nutzen wir den Besuch von Parlamentspräsident Martin Schulz, um unser klares Nein zu TTIP, TISA & Co. öffentlich zu bekennen. Warum?

Die CSU versteht das nicht. Sie sagt: "Wohlstand und Wirtschaftskraft würden sich durch TTIP im Freistaat erhöhen". 0,48% Wachstum sollen dadurch generiert werden, glaubt die EU-Kommission, wobei dieser Effekt erst im Jahr 2027 voll zum Tragen kommen soll. Wenn's überhaupt stimmt. Also bis dahin rund 0,05% Wachstum im jährlichen Schnitt. Dass die sich damit zu argumentieren trauen, ist schon für sich unglaublich! Bei der bekannten Unschärfe solcher Prognosen, die ja jeden Augenblick korrigiert werden müssen! 0,05% - wollen wir dafür so gewaltige Risiken eingehen?

Und vor allem: wäre das überhaupt noch erstrebenswert? Wir von der ÖDP glauben: Die Industriegesellschaften haben mit ihrer Art zu leben, Maß und Ziel verloren. Die Möglichkeit, unvorstellbare Mengen von Energie aus nicht erneuerbaren Quellen für uns arbeiten zu lassen, hat die „Bedürfnisse“ ins Extreme wachsen lassen. Wir betreiben Diebstahl an den Gütern künftiger Generationen.

Jedes Jahr mehr produzieren und konsumieren als im Jahr zuvor. Kann das unser Ziel sein?

Doch eins nach dem anderen. Schauen wir uns erst einmal an, worum es geht.

Freier Handel zwischen den Vereinigten Staaten und Europa, das klingt zunächst gar nicht so unsympathisch. Wenn Bürokraten weniger zu sagen haben, dann wird Handel einfacher, dann werden Autos, Kühlschränke und Lebensmittel billiger. Und wen das alles so kommt, dann kaufen Amerikaner und Europäer noch mehr von allem. Was soll daran schlecht sein, fragen die marktradikalen Freihandelsbefürworter.

Einer hat einen Erklärungsversuch für unsere Skepsis parat:

„Vielleicht ist es manchmal schwieriger in Deutschland, weil wir ein Land sind, das reich und hysterisch ist“. Wissen Sie, wer das beim Weltwirtschaftsforum in Davos zur TTIP-Debatte gesagt hat?

Unser Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler Gabriel. Ausgerechnet ein Sozialdemokrat sieht in der Sorge, das Primat der Politik könnte unter die Räder der globalen Ökonomie geraten, hysterisches Getue von Wohlstandsbürgern. Ausgerechnet ein Sozialdemokrat! Die SPD-Spitze wird da noch einiges zu erklären haben.

Denn je mehr Einzelheiten aus den Verhandlungsräumen dringen, umso klarer wird es: Mit diesem Abkommen wird die Kontrolle der Macht durch gewählte Parlamentarier ausgehöhlt. Dieses Abkommen ist eine Falle! Wir müssen uns dagegen wehren! Weil ...

- Schutz von Investitionen bedeutet für die Verhandler, dass alle nach der Pfeife der Investoren tanzen müssen.
- Verbraucherschutz-, Umweltschutz- und Arbeitsschutzvorschriften, soziale Gesetzgebung, der Mindestlohn können bei einem Inkrafttreten von TTIP von den

Konzernbossen als Handelshemmnisse betrachtet werden, die diese beseitigen wollen.

- Unsere öffentlichen Krankenhäuser, die Trinkwasserversorgung in kommunaler Hand, Ver- und Entsorgungsbetriebe würden durch diese Abkommen unter weiteren Privatisierungsdruck gesetzt.

Amerikanische Konzerne sollen dem Entwurf zufolge Staaten der Europäischen Union vor einem privaten Schiedsgericht verklagen können, wenn sie durch die Gesetzgebung ihren Gewinn reduziert sehen (z.B. durch Mindestlöhne oder durch ökologische und soziale oder durch Verbraucherschutzvorschriften).

Die Gesetze des beklagten Staates spielen dabei keine Rolle mehr. Der Druck vieler TTIP-Gegner hat jetzt dazu geführt, dass Vizekanzler Gabriel eine Kompromisslösung sucht. Aber wir lassen uns mit solchen Tricks nicht den Wind aus den Segeln nehmen.

Denn wenn TTIP beschlossen wird, dann ist das eine gigantische Selbstentmachtung der Politik. Das hebt unseren Rechtsstaat und unsere Demokratie aus den Angeln. Dieser Entwicklung werden wir uns mit aller Kraft entgegenstellen!

Aber es kommt noch schlimmer:

Eingeführt werden soll auch eine sogenannte „regulatorische Kooperation“. Klingt noch relativ harmlos. Doch dahinter verbirgt sich die Idee, die Erarbeitung von Gesetzen und Regulierungen in der EU und in den USA grundlegend zu ändern. Demnach hätten die US-Regierung und US-Unternehmen in Zukunft umfassende Möglichkeiten auf Gesetzesinitiativen in Europa Einfluss zu nehmen – lange bevor die Parlamentarier sie überhaupt zu Gesicht bekämen.

Sie werden fragen: Welcher Politiker kann denn so blöd sein, so etwas voran zu treiben? Und vor allem: warum?

Ich wage mich an einen Erklärungsversuch:

Wer es wie unsere Regierungsparteien über Jahrzehnte gewöhnt ist, Parteispenden in gigantischer Höhe von Industrieverbänden anzunehmen und sein Handeln danach auszurichten, dem kommt es irgendwann vermutlich gar nicht mehr seltsam vor, die Gesetzgebung gleich ganz den Konzernen zu überlassen.

Das ist eine staatsfeindliche Politik. Und dagegen werden wir uns zur Wehr setzen!

Liebe Freunde,

wir alle sind überzeugte Europäer. Dafür gibt es zwei überragende Gründe:

zum einen den historischen: Die Sicherung des Friedens, die Freundschaft unter den Völkern ist ein von uns allen verinnerlichter Wunsch.

Und es gibt noch einen weiteren überragenden Grund für die Europäische Einigung, der in den letzten Jahrzehnten an Bedeutung gewonnen hat:

Wir alle wissen, dass die Nationalstaaten für sich alleine gegen die Global Player der Ökonomie nicht mehr viel auszurichten vermögen.

Und deshalb verbinden wir mit der Europäischen Einigung die Hoffnung nach einem ökologischen und sozialen Rahmen innerhalb dessen sich die Marktkräfte entfalten können.

Und dass nun ausgerechnet europäische Institutionen diesen ökologischen und sozialen Rahmen internationalen Großkonzernen vor die Füße werfen, angefeuert von einer schwarz-roten deutschen Bundesregierung – das ist eine maßlose Enttäuschung. Frau Merkel, Herr Seehofer, Herr Gabriel und auch Herr Schulz stellen das Profitdenken der Großkonzerne über die Interessen von uns Bürgern.

Aber nicht nur der Vertragsinhalt ist ein Skandal, auch die Art und Weise der Verhandlung ist skandalös. Die Verhandlungen finden hinter verschlossenen Türen statt. Die Lobbyisten geben sich die Klinke in die Hand und die Öffentlichkeit bleibt ausgeschlossen.

Deshalb fordern wir heute von Martin Schulz: Stoppen Sie diesen Kurs!
Nein zum Kniefall vor den internationalen Großkonzernen! Wir alle fordern: Mensch vor Wirtschaft!

Aber liebe Freundinnen und Freunde, es gibt Lichtblicke: Die deutschen Bischöfe haben besonders kritisch gegen TTIP und gegen eine Paralleljustiz Stellung bezogen und gegen dieses Vorhaben sogar verfassungsrechtliche Bedenken geäußert.

Es stellt sich dabei aber allmählich die Frage: Wie weit driften CSU und SPD in ihrer Konzernhörigkeit noch ab, dass sie nun von den Bischöfen an die Verfassung erinnert werden muss.

Und ich glaube auch, dass der Ur-Vater unserer bayerischen Verfassung, der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner sich heute entsetzt abwenden würde, wenn er sähe, dass ein sozialdemokratischer Vizekanzler und ein sozialdemokratischer EU-Parlamentspräsident in einem Koalitionspakt mit der CSU am Vorrang der Politik vor dem Ökonomischen rütteln und den Lobbyisten Tür und Tor öffnen. Ich glaube, Wilhelm Hoegner wäre fassungslos.

Auf Parteitag und bei besonderen Anlässen singt die CSU gerne das Lied, das uns Bayern eint und das auch ich gerne singe:

Aber ich wage zu bezweifeln, ob da alle, die das Lied der Bayern mitsingen, dies auch tatsächlich als Bekenntnis zu unserer Bayerischen Verfassung sehen, in der ja bekanntlich einiges steht, an das sich nicht mehr alle gerne erinnern:

- über den sittlichen Wert einer jeden ehrlichen Arbeit, die ein Auskommen ermöglichen muss. Wie lange haben wir auf den Mindestlohn warten müssen!
- über den Schutz des Sonntags...
- über die Bewahrung des Naturerbes
- über die Gemeinwohlverpflichtung des Eigentums

Und deshalb sage ich: Wer sich heute für den Fortbestand des politischen Primats gegenüber den internationalen Konzerninteressen einsetzt, der hat den Geist dieses guten alten Verfassungstextes wirklich verinnerlicht.

Wir von der bayerischen ÖDP bekennen uns zu diesen alten Verfassungswerten.

Und deshalb singen wir heute das Lied der Bayern. Ich bitte Sie, dazu Ihre Plakate kurz abzunehmen, weil dieses Lied über den Parteien steht.

Wir singen die Bayernhymne, weil wir uns zum Staat und zur Verfassung bekennen und nicht vorrangig zu den Interessen des internationalen Großkapitals. Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit. ... *Bayernhymne*